



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Ulrich Leiner, Markus Ganserer, Christine Kamm, Dr. Christian Magerl, Thomas Mütze, Gisela Sengl, Claudia Stamm, Rosi Steinberger, Martin Stümpfig** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

GAP bei der Agrarministerkonferenz

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, in der Agrarministerkonferenz am 4. November 2013 in München zur Neugestaltung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) folgende Punkte zu berücksichtigen:

Im Rahmen der Direktzahlungsverordnung (erste Säule)

- keinerlei Umschichtung von Mitteln aus der zweiten in die erste Säule,
- die Einführung von Aufschlägen für die ersten 46 Hektare und für Proteinpflanzen,
- keine Pestizide und Düngemittel auf ökologischen Vorrangflächen und
- eine Umschichtung von 15% der Mittel von der ersten in die zweite Säule.

Im Rahmen der Verordnung zum ländlichen Raum (zweite Säule)

- die Erhaltung der gesamten Mittel der zweiten Säule, notfalls auch durch Erhöhung der Kofinanzierung und
- keine Bezuschussung von Ernteversicherungen aus den knappen Mitteln der zweiten Säule.

Begründung

Durch die Umschichtung der Mittel von der ersten in die zweite Säule böte sich die Möglichkeit, die Folgen der Kürzung der zweiten Säule zu kompensieren. Für die bayerische Landwirtschaft ist die zweite Säule, in der sich Programme wie Kulap, Vertragsnaturschutzprogramm, Ausgleichszulage, Leader und weitere befinden, von entscheidender Bedeutung. In neun bayrischen Landkreisen übertraf die maßnahmenbezogene Förderung die Direktzahlungen. Verlierer ohne Umschichtung wären kleinere, weniger intensiv geführte Betriebe und ökologisch wirtschaftende Betriebe. Wie das von Herrn Staatsminister Brunner angestrebte Ziel von der Verdoppelung der ökologisch bewirtschafteten Fläche ohne Umschichtung zu erreichen ist, bleibt rätselhaft.

Die Kürzung von Mitteln aus der ersten Säule würde viele Landwirte in Bayern weniger hart treffen. In Bayern erhielten nur 144 Betriebe mehr als 100.000 Euro Fördermittel aus der ersten Säule. Das sind 0,13 Prozent aller Betriebe (22,6 Mio. Euro, 2,12 Prozent der Gesamtmittel). In Bayern erhalten 20 Prozent der Betriebe mit den höchsten Fördersummen ca. 57 Prozent der Direktzahlungen, 80 Prozent der Betriebe teilen sich die restlichen 43 Prozent der Direktzahlungen. Um die bäuerliche Struktur in Bayern zu erhalten, gegebenenfalls zu stärken und nicht die Industrialisierung der Landwirtschaft weiter voran zu treiben, fordert die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen die Staatsregierung auf, bei der Agrarministerkonferenz im Sinn der bayerischen Bauern zu handeln.